



Offener Brief an alle
Abgeordneten des Deutschen Bundestages

Elberfelder Str. 77
42853 REMSCHEID
Postfach 10 03 62
42803 REMSCHEID

Telefon 0 21 91/4 38-31
Telefax 0 21 91/4 38-79
e-mail fwi@werkzeug.org
Internet www.werkzeug.org

12. September 2003
L/Re

Mehr Wohlstand für alle ist möglich!

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

ist Ihnen bewußt,

- daß in der deutschen Metall- und Elektroindustrie von 1991 bis 2002 1,4 Millionen Arbeitsplätze abgebaut worden sind? (*Quelle: Gesamtmetall*)
- daß in Deutschland im produzierenden Gewerbe seit 1990 15,1% aller Arbeitsplätze verloren gegangen sind, während im Rest der EU in diesen Branchen 8,8% zusätzlich geschaffen wurden? (*Quelle: Stat. Jahrbuch 2002/1994*)
daß durch diese Entwicklung Deutschland im Vergleich zur Rest-EU 3,4 Millionen Arbeitsplätze verloren hat
- daß z.B. in einer (Metall-) Industriestadt wie Remscheid lt. einer IHK-Umfrage 54% aller Betriebe in den nächsten 3 Jahren (ihre) Produktion ins Ausland verlagern wollen?

Angesichts der Tatsache, daß wir in Deutschland nun seit 30 Jahren völlig erfolglos die viel zu hohe Arbeitslosigkeit "bekämpfen" und in der EU seit über 10 Jahren das Schlußlicht im Wirtschaftswachstum sind (mithin auch in der Entwicklung des Wohlstands unserer Bürger), müssen wir uns fragen, was wir in diesem Lande falsch machen, und zugeben, daß z.B. Niederländer, Iren oder Amerikaner einiges richtiger gemacht haben. Die von unserem Verband vertretene Industrie ist von den genannten Entwicklungen besonders stark betroffen, da

- unsere Branche außerordentlich konjunktursensitiv ist. So ist festzustellen, daß die amerikanische Werkzeugindustrie von 1990 bis 2001 um 75% (bei einem Wachstum des amerikanischen Bruttoinlandsproduktes um 65%) gewachsen, wohingegen die deutsche — trotz überlegener Produkte und Technologien (bei einem BIP-Wachstum von 15 %) — nur um 13% wachsen konnte. Inflationsbereinigt ist sie also geschrumpft.
- Die Werkzeugbranche ist sehr personalintensiv: Sie hat Personalkosten in Höhe von 37% des Umsatzes. Das ist mehr als doppelt so viel wie z.B. in der Automobilindustrie. Die Werkzeugindustrie hängt damit extrem stark am (überregulierten) Arbeitsmarkt.
- Die Verwender deutscher Qualitätswerkzeuge sind überwiegend Betriebe des produzierenden Gewerbes, das — wie oben gesagt — schrumpft.

Offensichtlich sind in der Politik in den letzten Jahrzehnten gravierende Fehlentscheidungen getroffen worden, sonst hätten diese Entwicklungen vermieden werden können.

In der Wirtschaft hat sich nun bei erfolgreichen Unternehmen in den letzten Jahren ein Instrumentarium durchgesetzt, das die Qualität von Entscheidungen erheblich verbessert, da es konsequentes Denken und Handeln fördert. Es wurde von einem israelischen Physiker, Dr. Eliyahu M. Goldratt, entwickelt.

Wir gehen davon aus, daß dieses Instrumentarium geeignet ist, auch die Entscheidungsqualität in der Politik drastisch zu verbessern. Vereinfacht läßt sich Goldratts "engpaßorientierte Entscheidungstheorie" wie folgt darstellen:

1. Vor jeder Entscheidung — und somit am Anfang — steht ein allgemeines, übergeordnetes (Langfrist-) Ziel. In der Politik könnte z.B. ein Ziel, das von einer überwältigenden Mehrzahl des Volkes getragen würde, heißen: "**Den Wohlstand der Bürger der Bundesrepublik Deutschland mehren**". Zu diesem Oberziel gibt es natürlich Nebenbedingungen, (z. B. Minderheitenschutz, die Sicherheit des Einzelnen, Umweltschutz etc.), die zusammen ein "Lastenheft" darstellen. Diese Nebenbedingungen sind in Deutschland erfreulicherweise zum Teil schon auf hohem bzw. höchstem Niveau erfüllt.
2. **Alle** Entscheidungen werden dann darauf überprüft, ob sie dem Oberziel dienen, oder aber mit diesem in Konflikt stehen. Maßnahmen, die mit dem Oberziel in Konflikt stehen, werden **nicht durchgeführt**.
3. Bei dem Suchen nach den besten Maßnahmen orientiert man sich daran, was der größte Engpaß (bottle neck) bei der Zielerreichung ist. Alle Maßnahmen zur Zielerreichung konzentrieren sich zunächst darauf, den größten Engpaß zu beseitigen, wohl wissend, daß **danach** weitere/andere Engpässe auftreten werden, die **dann** angegangen werden müssen.
Aus unserer Sicht ist derzeit der größte Engpaß für die Schaffung von "mehr Wohlstand für die Bürger der Bundesrepublik Deutschland", daß unsere Arbeitsplätze in Deutschland international nicht mehr wettbewerbsfähig sind. Denn einen anderen Grund kann es nicht haben, daß im deutschen produzierenden Gewerbe 15% aller Arbeitsplätze entfallen sind, während im Rest der EU 8,8% geschaffen worden sind. Die Tatsache wiederum, daß fast 10% aller arbeitsfähigen Bürger nicht nur nicht zum allgemeinen Wohlstand beitragen, sondern diesen durch Empfang von Transferleistungen sogar mindern, führt zu einer unerträglichen Belastung in Bezug auf das oben genannte Oberziel.

Rechnet man die Entwicklung Deutschlands mit den Arbeitsplätzen im verarbeitenden Gewerbe auf die Entwicklung der EU hoch (also beileibe noch nicht auf die **besten** der EU) gäbe es in Deutschland im produzierenden Gewerbe 3,4 Millionen zusätzliche Jobs!

Wenn man darüber hinaus weiß, daß nahezu die Hälfte aller Dienstleistungen ebenfalls für das produzierende Gewerbe erbracht werden, wird auch klar, daß die vielfach zu hörende Folgerung "Produzierendes Gewerbe ist "sowieso" rückläufig, wir brauchen mehr Dienstleistung", zu verhängnisvollen Fehlentwicklungen und Fehlentscheidungen führt. Als Beispiel sei an die Arbeitszeitverkürzung in der Metallindustrie unter dem Ansatz "Wir müssen die Arbeit auf mehr Schultern verteilen" erinnert. De facto wurden die Arbeitsplätze teurer und unattraktiver, es entfielen 1,4 Mio. Jobs!

Die Tatsache, daß z.B. die Werkzeugindustrie der USA seit 1990 um über 75% gewachsen ist, die deutsche aber nur um 15% ist ein Beispiel dafür, daß auch in hochentwickelten Ländern wie den USA produzierendes Gewerbe ein Wachstumsträger für die Volkswirtschaft sein kann und muß: Wenn man dieser Branche eine Chance gibt und sie nicht mit immer höheren Lohnnebenkosten, kürzeren Arbeitszeiten und mehr Bürokratie außer Landes treibt.

Unsere Überzeugung ist, daß wir dann und nur dann die Arbeitslosigkeit erfolgreich bekämpfen, das Wirtschaftswachstum steigern und den Wohlstand der Bürger der Bundesrepublik Deutschland mehren werden, wenn

- die deutsche Politik sich auf die genannte Zielsetzung konzentriert
- sie alle Entscheidungen überprüft, ob sie diesem Ziel dienen und
- sie die Entscheidungen **kompromißlos** trifft, die nötig sind, um die Wettbewerbsfähigkeit unserer Arbeitsplätze im produzierenden Gewerbe wiederherzustellen.

Es werden für die Erreichung dieses Ziels noch weit mehr heilige Kühe geschlachtet und festgefahrene Gleise verlassen werden müssen, als dies in den letzten Monaten geschehen ist:

- Der Arbeitsmarkt muß flexibilisiert werden,
- die Anreize im Sozialwesen grundsätzlich verändert werden u n d
- wir müssen länger arbeiten: Eine Notwendigkeit, die die Politik auch für die Tarifpartner verbindlich machen muß.

Eine Sisyphus-Arbeit für die Politik. Aber sie wird sich lohnen.

Denn Sie persönlich als Abgeordneter des Deutschen Bundestages werden in die Geschichte eingehen als diejenige Generation von Parlamentariern, die 30 Jahre Stagnation in der Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft aufgebrochen haben wird.

Mit freundlichen Grüßen

FACHVERBAND WERKZEUGINDUSTRIE e. V.
Der Geschäftsführer



Langelüdecke

P.S.: Als Anlage finden Sie ein Beispiel, wie mit Hilfe der erwähnten Entscheidungstechnik ein Projekt wie z. B. die "Reformierung der Gewerbesteuer" zu beurteilen ist.